

Türkei

Düstere Aussichten

Wohlstand hat die AKP dem türkischen Volk versprochen. Bislang konnte sie das Versprechen einlösen. Aber jetzt wächst die Angst vor einem langwierigen Abschwung.

Özlem Topçu, Istanbul
31. Januar 2014



Der türkische Premierminister Tayyip Erdoğan | © Reuters

Es klang halb wie eine Drohung und halb wie eine Entschuldigung. Die türkische Zentralbank sei nun einmal ein unabhängiges Organ, sagte Premierminister Tayyip Erdoğan. Das war, nachdem die Zentralbank Mittwochnacht in einem überraschenden Schritt den Leitzins von 4,5 auf zehn Prozent angehoben hatte. Sie wollte dadurch den rasanten Fall der türkischen Lira stoppen. Erdoğan ergänzte: Er selbst sei gegen Zinserhöhungen. Immer. Doch nun könne er nur Geduld bewahren und abwarten, was passiere. Es gebe aber einen Plan B und einen Plan C.

Im Boomland Türkei herrscht große Verunsicherung. In den vergangenen zwölf Monaten hat die Lira zum Euro und zum Dollar rund ein Viertel ihres Wertes verloren. Das Wirtschaftswachstum hat sich deutlich abgeschwächt. Die Verbraucher sehen sich plötzlich mit Preiserhöhungen konfrontiert, wie sie seit Jahren nicht mehr gewohnt sind. Ein Kilo Kartoffeln kostet vier Lira, doppelt so viel wie noch vor einigen Wochen. Die Goldhändler im Großen Bazar von Istanbul müssen ihren Kunden erklären, warum die Goldtaler, ein beliebtes Geschenk bei Hochzeiten oder Beschneidungsfesten und eine wichtige Kapitalanlage, von einem Tag auf den anderen so viel teurer geworden sind.

Anzeige

Der Korruptionsskandal belastet

Der Fall der Lira ist der dritte große Schlag für die türkische Regierung in sehr kurzer Zeit: Im vergangenen Sommer sah sie sich mit einer wochenlangen Protestwelle konfrontiert, die das ganze Land erfasste und von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten getragen wurde. Der Protest richtete sich direkt gegen den als immer autoritärer empfundenen Regierungsstil des Premiers. Der zweite harte Schlag kam vor wenigen Wochen, als am 17. Dezember in einer breit angelegten Operation mehr als 70 Personen festgenommen wurden,

unter anderem drei Söhne von Ministern der AKP-Regierung, ein iranischer Geschäftsmann, Bauunternehmer, Bezirksbürgermeister und ein Bankdirektor, der 4,5 Millionen Dollar in einem Schuhkarton aufbewahrte. Sie alle werden der Korruption verdächtigt. Es folgten Rücktritte und eine umfassende Kabinettsumbildung.

Seitdem tobt ein innerer Machtkampf zwischen den zwei stärksten islamisch-konservativen Gruppen des Landes, die noch vor kurzem Verbündete waren: Auf der einen Seite die AKP von Erdoğan, auf der anderen Seite die Hizmet-Bewegung, dessen spiritueller-politischer Führer, der Prediger Fetullah Gülen, in Pennsylvania wohnt und der im Verdacht steht, so mächtig zu sein, dass er viele wichtige Positionen im Staat, wie etwa bei Polizei und Justiz, mit seinen Anhängern unterwandert habe. Mittlerweile spricht sogar Erdoğan selbst von einem "Parallelstaat" oder einer "Vereinigung". Die Regierung versetzte danach Tausende Polizeibeamte und Dutzende Staatsanwälte.

Und nun der dritte Schlag: Der Verfall der heimischen Währung und die nachlassende Konjunktur. Vielleicht ist dieser sogar am gefährlichsten für die türkische Regierung. Die Zentralbank will mit ihrem Eingriff den Abfluss von ausländischem Kapital stoppen und die Inflation im Zaum halten. Die höheren Zinsen machen es für ausländische Geldgeber attraktiver, ihr Geld in der Türkei anzulegen. Das wiederum stärkt die Lira. Bei einer schwachen Währung droht zudem eine höhere Inflation, weil die Türkei viele Rohstoffe und Waren importieren muss. Allerdings machen höhere Zinsen Kredite teurer, was Investition und Konsum und damit auch die Wirtschaftsentwicklung bremst.

Die liberale Wirtschaftspolitik lockte Investoren aus aller Welt

Und hier kommt die Regierung ins Spiel: Nicht ein türkisch-islamischer *Way of Life*, nicht eine Neuorientierung des Landes weg vom Westen, hin zum Nahen und Mittleren Osten, sondern etwas anderes war lange Zeit das wohl wichtigste Versprechen, das die AKP-Regierung von Premierminister Recep Tayyip Erdoğan ihren Wählern gab: Wir bringen euch Wohlstand – und zwar euch allen, nicht nur einer alten, abgeschotteten Elite, sondern auch den vergessenen, verarmten Anatoliern.

Wenn die AKP eine Philosophie hat, dann ist es das Geschäft gepaart mit einer Prise islamischer Spießigkeit, gegen die die Anhängerschaft nichts hat, und mit der die Säkularen gut leben konnten, so lange sie damit in Ruhe gelassen wurden und die Kasse für alle klingelte. Noch heute sagen sogar politische Gegner: Am Anfang hat die Regierung gut gearbeitet, sehen Sie sich nur unsere Straßen an! Unsere Hochhäuser!

Die Türkei zu Beginn der AKP-Regierung 2002 und die Türkei heute sind zwei völlig unterschiedliche Länder. In Anatolien wuchs der Mittelstand, ebenso der Export, und zwar in alle Richtungen: Nach Europa wie nach Russland, in den arabischen Raum oder nach Afrika. Deutschland ist der wichtigste europäische Handelspartner: Die deutsch-türkische Handelskammer in Istanbul zählte in den vergangenen zehn Jahren 4.000 Firmengründungen in der Türkei, an der deutsches Kapital beteiligt war. Überall schießen Filialen von Tchibo, Saturn, C&A oder Deichmann aus dem Boden. Die AKP öffnete das Land der Globalisierung wie keine andere Regierung zuvor. Ihre liberale Wirtschaftspolitik lockte Investoren aus aller Welt.

Entscheidung an der Wahlurne

Und auch der türkische Konsument wurde mächtiger. In der Türkei hat nahezu jeder, wirklich jeder mehr als nur eine Kreditkarte. Es gibt kaum ein Produkt, das nicht auf Raten gekauft werden kann, und kaum eine Firma, die keine Ratenzahlung anbietet, auch bei Kleinstbeträgen, nicht nur bei Autos oder Häusern. Premierminister Erdoğan sprach sie an, als er noch am Abend vor der Zinserhöhung der Zentralbank bei einer AKP-Fraktionssitzung daran erinnerte, dass die Türkei seit seinem Amtsantritt beim Verkauf von Autos, Kühlschränken und Waschmaschinen Jahr für Jahr eigene Rekorde gebrochen habe.

Übersetzt heißt das: Seht her, auch die kleinen Leute können sich durch uns alles leisten, wofür sie noch vor zehn Jahren jahrelang sparen mussten. Deshalb mag Erdoğan die Zinserhöhung nicht, während Unternehmer und viele politische Kommentatoren sie für die vernünftigste Maßnahme in der jetzigen Situation halten. In die Richtung des größten Unternehmerverbandes TÜSIAD sagte der Premierminister: "An der heutigen Türkei sollen nicht nur die Eliten verdienen, sondern alle 76 Millionen Türken."

Die Wohlstandsgewinne des Einzelnen und vor allem der "einfachen" Leute ist vielleicht eine der wichtigsten Wahlanreize und vielleicht die wichtigste Legitimationsgrundlage der AKP-Regierung. Das alles ist in diesen Tagen in Gefahr. Wie sehr, wird sich womöglich bei den Kommunalwahlen am 30. März offenbaren.